



1. Neues aus dem Friedenszentrum

Unser Team ist wieder vollständig!

Ulli Schmitz ist bei uns im Vorstand und wir begrüßen das sehr. Wir schätzen ihre Kompetenz in Sachen Politik, ihr Augenmaß ihre Entscheidungsfreude und vor allem ihre offene freundliche Art. Wie schön, auch mal wieder zu lachen!



Wir begrüßen einige neue Mitglieder – besonders Heinz, der sich gleich ordentlich ins Zeug legte, Briefe schrieb und noch viele gute Ideen mitbringt.

Wir haben ein neues Projekt, das von »Demokratie leben« gesponsert und von uns unterstützt wird. »Du hast das Recht«.



Geben Sie dem Grundgesetz ein
neues Gesicht und gestalten Sie mit.

Dies ist ein Beitrag des Friedenszentrums Braunschweig zum Bundesprogramm Demokratie leben
04.10. – 20.12.2019

Ziel ist, das Grundgesetz in das Bewusstsein zu heben und sich mit einzelnen Grundrechten auseinander zu setzen. Viele Gruppen und Einzelpersonen aus Braunschweig werden angefragt.

Der Bildermacher Wolf Menzel arbeitet mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik. Die Teilnehmer wählen einen der ersten 19 Artikel des Grundgesetzes und machen dazu eine eigene Gestaltung des Grundgesetzbuchdeckels. Die Arbeiten werden im nächsten Jahr am 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes ausgestellt. Haben Sie Lust mit zu machen? Wir würden uns freuen.

<https://du-hast-das-recht.jimdosite.com>

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Stadt Braunschweig
Fachbereich Soziales und Gesundheit
Büro für Migrationsfragen



Einen Erfolg der Friedensbewegung Braunschweig können wir mit dem Ratsbeschluss vom 25.6. vermelden. Unser Aufruf an die Parteien im Rathaus und den OB, sich dem ICAN-Städteappell anzuschließen, wurde von Udo Sommerfeld von der PDL aufgegriffen. Er initiierte einen breiten Fraktionsübergreifenden Beschlussantrag, der dann ohne Gegenstimmen angenommen wurde. Braunschweig steht also auf der Liste der Städte, die fordern, endlich den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen! (*Beschluss im Anhang*)

2. Folgende Veranstaltungen fanden im Rahmen unserer Reihe »Wege zu einer Kultur des Friedens« in der Alten Waage statt:

Am **15.08.** warf Claudia Heydt von der Informationsstelle Militarisierung unter dem Motto **»Feindbilder, ihre Konstruktion und ihre Instrumentalisierung«** einen kritischen Blick auf die Rolle der Medien in dieser Frage.

Kein Krieg ohne Feindbilder: die Dämonisierung des Gegners, ihn zu einem Untermenschen zu stempeln, der als Freiwild gejagt werden kann, ist dazu da, die Tötungs-Hemmschwelle abzubauen, die den Menschen zu eigen ist und ihn zu einem Gruppenwesen macht. Sie müssen die eigene Bevölkerung zum Krieg bereit machen. Psychologisch erklären sich Feindbilder über die Wahrnehmung von Selbstbildern, Fremdbildern und den Gegenbildern. Wie sehe ich mich? Wie sieht mich der andere? Ein Hinterfragen des Aggressionspotentials des Gegners durch Faktencheck kann entlarvend sein, ebenso die Überlegung, wie der andere mich sieht. Wird die gesamte Identität auf einen Aspekt reduziert, entsteht ein Zerrbild, das als Feindbild benutzt werden kann. Es kann dazu dienen, einer bestimmten Menschengruppe ihrer Rechte zu berauben, sie zu entrechtlichen.

Einen ausführlichen Bericht und den Videomitschnitt der Veranstaltung finden Sie auf unserer Homepage: <https://www.friedenszentrum.info/index.php/wege-zu-einer-kultur-des-friedens/619-wege-zu-einer-kultur-des-friedens-august-2019-feindbilder-ihre-konstruktion-und-ihre-instrumentalisierung>

Am **19.09** referierte dann Dr. Klaus Latzl vom Institut für Geschichtswissenschaft in Braunschweig über den **»2. Weltkrieg, ein Einschnitt in die alte Weltordnung«**

Der Vortrag brachte neue Erkenntnisse, weil Latzl seinen Blick weltweit, vor allem auch auf die Region Fernost richtete.

Der Referent betonte, dass der Weltkrieg sich nicht auf den von Deutschland verursachten europäischen Krieg beschränkte, sondern parallel in Ostasien durch die Expansionspolitik Japans, im Atlantik und auf den Inseln des Pazifik stattfand. Er beschrieb die japanische Expansion nach China, Korea, der Mandchurie, französisch Indochina und dem damals noch niederländischen Indonesien – ein Krieg, der mit äußerster Grausamkeit geführt wurde und Millionen Tote kostete. Die japanische Besatzung endete erst 1945.

Erschreckend die steigende Zahl der Toten weltweit und die Umkehrung nach dem 1. Weltkrieg: die Zahl der Zivilen Toten übersteigt die Zahl der getöteten Soldaten. Und diese Tendenz setzt sich bis zur Gegenwart fort. Die Veränderung des Völkerrechts als Antwort auf den 2. Weltkrieg: Das Völkerrecht wurde erweitert zum Völkerstrafrecht, eine Handhabe für Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der 2. Weltkrieg veränderte das Nord-Süd-Gefüge durch das Ende der Kolonialpolitik. Die Unabhängigkeitsbewegung erstarkte durch die Legitimation, für die Freiheit zu kämpfen (>USA). Die Kolonialmächte konnten die direkte Herrschaft zwar abschütteln, blieben aber finanziell und wirtschaftlich weiter abhängig.

Am **17.10.** entwickelte Tobi Rosswog unter dem Titel **»Öko-sozialer Wandel«** die Vision einer Wirtschaft jenseits von Lohnarbeit, Wachstum, Eigentum, Geld und Tausch. Wachstum ist längst an seine Grenzen gestoßen, wie sieht die Vision einer wachstumsfreien Welt aus? Tobi Rosswog ist als Aktivist, freier Dozent und Initiator für die sozial-ökologische Transformation unterwegs. Er setzt sich für den Wandel ein - hin zu einer Gesellschaft jenseits von Arbeit, Eigentum, Wachstum und Geld sowie Tausch. Die herrschaftliche Logik muss Schritt für Schritt verändert werden über die Herrschaftsmittel Eigentum, Geld und Arbeit. Er unterscheidet zwischen Besitz und Eigentum, (das Haus, das ich nicht selbst nutze, sondern vermiete) will selbstbestimmte Arbeit anstelle der Lohnarbeit und will ein gesundes Verhältnis von Leistung und Gegenleistung. Er lädt ein, den eigenen Alltag zu verändern. Am Anfang stehen dabei die Fragen »Was brauche ich wirklich?« und »Welche Alternativen zur materiellen Existenzsicherung gibt es?«. Dabei geht es darum, das Arbeitsleben selbst anders zu organisieren, etwa durch Teilzeit, Jobsharing oder Arbeiten im Kollektiv ohne Chef.

Rosswogs aktuelles Buch AFTER WORK ist als PDF kostenlos lesbar bzw. downloadbar unter <http://after-work-buch.de/kapitel/>

3. Wie jedes Jahr organisieren wir und beteiligen uns an feststehenden Veranstaltungen:

Am **12.7.** referierte im Rahmen der Veranstaltung zum **Tag der Mayors for peace** und in Erinnerung an das Manifest von Einstein und Russel der Völkerrechtler Norman Pæch in der Dornse. Ein beeindruckender Vortrag, der deutlich machte, dass das Völkerrecht häufig auf der Strecke bleibt und auch dass Deutschland in völkerrechtswidriges Handeln und Kriege verstrickt ist.

»**100 Kerzen auf der Oker**« hieß es wieder am **9.8.** anlässlich unserer Gedenkveranstaltung für die Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki am Hiroshima-Ufer. Die Rede hielten Paul Koch und Bodo Walter vom Japan-Arbeitskreis der evangelischen Landeskirche. Brigitte Constein-Gülde rezitierte und »Meyers Katze« begleitete das Ganze mit Musik!

Am **Antikriegstag**, den wir auf den **31.8.** vorziehen mussten, beschränkten wir uns auf eine Kundgebung mit mehreren kurzen Reden zu den Themen Iran, Aufstockung des Rüstungshaushaltes auf 2% vom BIP und der Rolle der NATO. Die Beteiligung ließ leider sehr zu wünschen übrig.

4. Wir versuchen, auf aktuelle Ereignisse zu reagieren.

Wir würden uns da deutlich mehr wünschen, aber uns fehlen einfach Menschen, vor allem junge, die mittun. Angesichts der Kriegsgefahr gelang uns eine aktuelle Veranstaltung zum Thema **Iran mit Mohssen Massarat**.

Vor fast 100 Menschen sprach Mohssen Massarrat über die Zuspitzung der Kriegsgefahr und die US-amerikanischen Schuldzuweisungen seit September 2018, den völkerrechtswidrigen Bruch des Atomabkommens durch die USA, zeigte den historischen Hintergrund der politischen Entwicklung im Iran und in den USA auf, wies auf das Monopol der Dollar-Leitwährung und die Kontrolle der Finanzströme durch die USA hin und ging danach auf die Einschätzung der politischen Entwicklung ein, indem er die möglichen Folgen eines Krieges als so verheerend für alle beteiligten Staaten darstellte, dass ein Krieg auch in der Einschätzung der US-Regierung als nicht erfolgreich führbar gelten könnte.

Die Friedensbewegung muss auf friedliche Lösungsmöglichkeiten drängen, von der Bundesregierung fordern, sich von den jeglichen Kriegsplänen fernzuhalten und ihr Territorium nicht für Kriegseinsätze zur Verfügung zu stellen. Der Ausbau von erneuerbarer Energie hilft, sich von der Abhängigkeit des Öls zu lösen.

Seine Rede hat Wirkung gezeigt, Zuhörer wollten unbedingt etwas tun und fragten nach einer Demonstration..! Wir haben sie zunächst auf die Unterschriftenlisten und auf die wöchentlichen Samstagkundgebungen am Kohlmarkt verwiesen.

Daneben nahmen wir Stellung mit Beiträgen auf unserer Homepage und mit Briefen an die Bundesregierung zum Thema **Antisemitismusbeschluss des Bundestages, Iran, Venezuela und dem Überfall der Türkei auf die Kurden in Nordsyrien**. Das Friedenszentrum bekundet seine **Solidarität mit dem Bündnis gegen Rechts**. (s. *Anhang*)

5. Unsere nächsten Termine:

Donnerstag, 7.11. um 19.00 Uhr, VHS Alte Waage:

Orhan Sat und Dr. Elke Schrage zum drohenden **»Ende von Rojava«**

Der Politologe Orhan Sat geht der Frage nach, warum die Kurden 100 Jahre nach dem Ende des Osmanischen Reiches noch immer keinen eigenen Staat haben. Die Ärztin Dr. Elke Schrage, die das Kurdengebiet mehrfach bereist hat, analysiert die heutige Situation und fragt, wie ein Frieden aussehen müsste, der für die Kurden akzeptabel wäre.



Donnerstag, 21.11. um 19.00 Uhr, VHS Alte Waage:

Jörg Kronauer: »Meinst Du die Russen wollen Krieg?«

Auf der Grundlage seines gleichnamigen Buches berichtet er über die Beziehungen Russlands zum Westen.

Wir haben uns fest vorgenommen, den Rundbrief wieder ¼ jährlich erscheinen zu lassen! Das Halbjahresprogramm 2020 bekommen Sie dann Anfang Januar!
Eine gute und friedliche Zeit wünscht Ihnen

Der Vorstand des Friedenszentrums Braunschweig

www.friedenszentrum.info

www.facebook.com/Friedenszentrum-Braunschweig-eV-280733798618130

Absender:

**Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt /
CDU-Fraktion im Rat der Stadt /
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt / Fraktion BIBS im Rat der
Stadt/SPD-Fraktion im Rat der Stadt**

19-11154
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Unterzeichnung des ICAN-Städteappells

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.06.2019

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

18.06.2019 N
25.06.2019 Ö

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Braunschweig unterzeichnet den nachfolgenden ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) Städteappell.

Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest davon überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.

Sachverhalt:

Die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) ist ein globales Bündnis in mehr als 103 Ländern. Das von Hiroshima 1982 gegründete weltweite Städtebündnis Mayors for Peace, an dem sich Braunschweig seit 1987 beteiligt, ist eine der Partnerorganisationen.

ICAN war Initiator des am 7. Juli 2017 von den Vereinten Nationen in New York verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrags. Im Kern verbietet der Vertrag die Herstellung, die Erprobung, den Besitz, den Einsatz sowie die Androhung eines Einsatzes von Atomwaffen. Darüber hinaus untersagt er den Transfer über und die Stationierung von Atomwaffen im eigenen Staatsgebiet. Staaten, die beim Beitritt zum Vertrag Atomwaffen besitzen, verpflichten sich, diese zu zerstören. Opfern von Atomwaffentests oder -einsätzen wird medizinische, psychologische, wirtschaftliche und soziale Hilfe geleistet. Atomar kontaminierte Gebiete müssen saniert werden. In dem Vertrag werden Atomwaffen ausdrücklich geächtet. Damit werden Atomwaffen als letzte aller Massenvernichtungswaffen verboten.

Der Vertrag liegt seit dem 20. September 2017 zur Unterschrift aus und ist bislang (Stand 8. März 2019) von 70 Staaten unterzeichnet und von 22 Staaten ratifiziert worden. Sobald 50 Staaten den Vertrag ratifiziert haben, tritt er in Kraft. ICAN erhielt für ihre Arbeit, mit der sie auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen eines jeglichen Einsatzes von Atomwaffen aufmerksam machten und für ihre Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen, 2017 den Friedensnobelpreis.

Anhang 1: Beschluss des Stadtrates (Fortsetzung)

Weltweit haben sich bereits 31 (Stand 8. März) Städte unter anderem London, Manchester, Sydney, Washington D.C., aber auch deutsche Städte wie Mainz, Wiesbaden, Potsdam, Köln und Marburg dem Appell angeschlossen.

Bislang ist die Bundesrepublik Deutschland dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (Atomwaffenverbotsvertrag) nicht beigetreten. Im Mayors for Peace Action Plan (2017-2020) wurde festgehalten, dass alle Staaten, die noch nicht dem Atomwaffenverbotsvertrag beigetreten sind, durch die Mayors for Peace Mitglieder aufgefordert werden, diesen Schritt „schnellstmöglich“ zu vollziehen. Mit dem ICAN Städteappell wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Die Unterzeichnung des ICAN Städteappells durch die Mayors for Peace Stadt Braunschweig unterstützt damit das gemeinsame Ziel der Organisationen, eine Welt ohne Atomwaffen zu verwirklichen.

Anlagen: keine

Anhang 2: An die Presse zum Thema Iran

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Wir sind sehr besorgt über die Zuspitzung der politischen Lage um den Iran und fordern den Einsatz kluger Diplomatie statt militärischer Eingriffe, und **vor der Wahl** glaubhafte Informationen über die bestehenden und geplanten Einsatzgebiete der Bundeswehr:

Wenn es den vereinten Europäern, Russen und Chinesen nicht gelingt, Trumps verbrecherische Sanktionspolitik gegenüber dem Iran rückgängig zu machen, dann sperrt dieser die Straße von Hormuz und das bedeutet einen Mittelostkrieg, der auf weitere Gebiete übergreifen kann. Der Vorschlag von Oliver Meier* scheint uns angebracht, den Frieden noch zu retten.

Oliver Meier ist stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Im Mittelpunkt seiner Forschung stehen die Abrüstung von chemischen und nuklearen Waffen sowie die kooperative Kontrolle der Rüstungstechnologien

Wir geben Ihnen den Vorschlag von Herrn Oliver Meier weiter, in der Hoffnung Ihnen eine nicht militärische Handlungsmöglichkeit aufzuzeigen:

Kurzfristig kommt es darauf an, die Gefahr einer militärischen Eskalation zu verhindern. Die Europäer sollten auch eine starke symbolische Geste nach Teheran schicken, um deutlich zu machen, dass sie weiterhin an der Mitwirkung im Atomabkommen interessiert sind. Die Situation ist ein wenig vergleichbar mit der Lage 2003 als drei europäische Außenminister nach Teheran gereist sind, um den USA zu signalisieren, dass sie an einer diplomatischen Lösung im Atomstreit festhalten. Vielleicht wäre es an der Zeit für eine ähnliche Geste, auch, starke Signale nach Washington zu senden, dass man nicht bereit ist, diesen Kurs der Konfrontation vorbehaltlos mitzutragen. Und auch um zu zeigen, dass sie eine völkerrechtswidrige Militäraktion nicht unterstützen wird, auch nicht durch die NATO.

In großer Sorge

Bürger und Wähler der BRD

Friedensbündnis und Friedenszentrum Braunschweig e.V.

Anhang 3: Brief an die Bundesregierung

Brief an die Bundesregierung

Betr. : PROTEST

gegen die vorschnelle Anerkennung des „Oppositionspolitikers“ Juan Guaidó als Präsident des Landes Venezuela

Als Friedensaktivistin bin ich entsetzt über Ihre vorschnelle Anerkennung des „Oppositionspolitikers“ Juan Guaidó als Präsident des Landes Venezuela.

Ihr Handeln ist nicht im Einklang mit dem Völkerrecht: keine Einmischung in innere Angelegenheiten!

Ist die Anerkennung eines noch nicht gewählten Politikers als selbsternannter Präsident eine neue demokratische Gepflogenheit??

Die Politik der Ultimaten ist eine Politik der Erpressung und keine Politik der Verständigung. Nicht erfüllbare Ultimaten laufen darauf hinaus, dass man sich selbst das Heft des Handelns aus der Hand nimmt.

Warum fallen unsere jetzigen Staatslenker auf die lautsprecherische Politik eines Herrn Trump herein? Dass die USA große Interessen an einer Beseitigung der jetzigen Venezuelanischen Regierung hat, kann mit einigen Argumenten belegt werden.

- Eine sozialistische Regierung - frei gewählt - in Südamerika? Das war schon immer ein Angriffspunkt für die USA, Kuba wurde mehrfach bedroht.
- Dass Juan Guaidó ein Putschist mit der Rückendeckung der USA ist, wird offen gehandelt.
- Dass die USA Interesse an dem Erdöl aus Venezuela haben, ist auch kein Geheimnis
- Dass Trump im Moment gern von seinen eigenen Problemen und Niederlagen ablenken will, ist verständlich – und diese gute Gelegenheit wird in der Politik meist nicht verachtet.

Welche Rolle meint die deutsche Regierung in der Welt zu spielen, dass sie einer Entscheidung der EU vorgreift? Wie peinlich. Wollten wir nicht den Schwerpunkt auf ein geeintes Europa legen?

Und zum Thema Menschenrechtsverletzungen: Ich verurteile alle Menschenrechtsverletzungen: auch die Trennung der Kinder von ihren Flüchtlingseltern in den USA, auch die Abschiebep Praxis und Abschottung Europas gegen Flüchtlinge.

Woher haben wir die INFORMATIONEN über Menschenrechtsverletzungen? Welche Fotos und Filme werden uns übermittelt und gezeigt? Es ist nicht das erste Mal, dass wir auf Falschinformationen hereinfallen. Das geschah beim Kosovokrieg in Europa, auch der Beginn des Irakkrieges basierte auf eklatanten Falschinformationen/ sprich Propaganda. Die Falschinformationen in Syrien sind noch nicht genügend aufgearbeitet, aber auch schon sichtbar.

Als Friedensaktivistin setze ich mich dafür ein, dass Konflikte friedlich gelöst werden, dass nicht vorschnell verurteilt wird. Die Anerkennung des „Oppositionspolitikers“ Juan Guaidó als Präsident des Landes Venezuela war ein großer Fehler. Eigentlich ist es ein Rückfall in den Kolonialismus. Der Norden nimmt dem Süden das Selbstbestimmungsrecht.

Elke Almut Dieter
Mitglied des Friedenszentrums Braunschweig e.V.

Anhang 4: Syrienkundgebung

An die Redaktion der BZ: Bitte um Veröffentlichung:

Am Donnerstag, 10. Oktober 2019: 18.00 Uhr Kundgebung auf dem Kohlmarkt

„Hände weg von Syrien und den Kurden!“

Angesichts der aktuellen politischen Situation in Syrien appellieren wir an die Bundesregierung :

Wir fordern umgehend eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates , mit dem Ziel, den vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan angekündigten Einmarsch in Syrien zu verurteilen.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- keine Luftbilder mehr von Erkundungsflügen an die Türkei weiterzugeben,
- die deutschen Soldaten aus Konya zurückzuziehen
- sich vom türkischen Projekt der Schutzzone zu distanzieren.
- **Solidarität mit dem kurdischen Volk**, die Autonomie der demokratischen Kurdenstaaten (Rojava) zu unterstützen und die PKK und ihre Nachbarorganisationen zu legalisieren. Das sind keine Terrororganisationen.

Mit freundlichen Grüßen

Friedenszentrum Braunschweig e.V. und Friedensbündnis Braunschweig

Brief an die Bundesregierung

Das Friedenszentrum Braunschweig nimmt den Beschluss des Bundestages, der BDS-Bewegung entschlossen entgegen zu treten und den Antisemitismus zu bekämpfen, mit Besorgnis zur Kenntnis.

Es ist wichtig, jede Form des Antisemitismus zu bekämpfen und alle Angriffe gegen Juden zu verurteilen. Wenn der Begriff Antisemitismus aber inflationär gebraucht wird und sich auf alle Kritiker der israelischen Politik richtet, dann wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Kritik an der Politik des Staates Israel hat nichts mit der Ablehnung des Existenzrechts des Staates Israel zu tun und ist nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen.

Die BDS-Bewegung wendet sich gegen die Politik der israelischen Regierung. Selbst wenn man diese Kritik nicht teilt, sollte man doch ihren Verfechtern das Recht zubilligen, sich gegen die völkerrechtswidrige Besetzung des Westjordanlandes zur Wehr zu setzen. Parteinahme für diese aus Notwehr geborene Bewegung sollte daher auch nicht als Antisemitismus diskriminiert werden.

Das unverzichtbare Recht auf Meinungsfreiheit als ein Mittel der demokratischen Willensbildung ist auch gegenüber dem Staat Israel gültig. Durch den Beschluss des Bundestages sehen wir dieses Recht gefährdet. Tatsächlich gab es vielerorts Behinderungen für israelkritische Veranstaltungen.